

zug zu anderen Programmen und zur Gesamtheit der Arbeit des Rates sichtbar werden. Es müßten Prioritäten in der Programmarbeit gesetzt werden. Held plädierte auch für die Ausweitung des theologischen Gesprächs im ÖRK und zwischen Rat und Mitgliedskirchen. Die Suche nach einer Erneuerung christlicher Spiritualität müsse ein durchgängiger Arbeitsschwerpunkt in allen Programmen sein und werden. Im Rückblick auf den Papstbesuch beim ÖRK (vgl. HK, Juli 1984, 300–301) regte Held eine gründliche Studie zur Klärung des dem sozialen und politischen Engagement des ÖRK zugrundeliegenden Verständnisses von Gerechtigkeit an, ebenso Gespräche über eine vertiefte und möglichst verbindliche Zusammenarbeit zwischen dem Weltrat und den „Weltweiten Christlichen Gemeinschaften“, also den konfessionellen Weltbünden.

Dem Zentralausschuß lagen die vom Genfer Stab und vom Exekutivausschuß vorbereiteten Berichte der einzelnen Programmeinheiten und Untereinheiten über ihre geplanten Arbeitsvorhaben vor. Diese Berichte belegten, daß innerhalb des Weltrates nach wie vor beträchtliche Spannungen in der Gewichtung der Ziele und Aufgaben bestehen, die von der Vollversammlung zwar ein Stück weit relativiert wurden, in ihren Programmrichtlinien aber doch wieder zum Vorschein kamen: Dort stehen nebeneinander „Wachsende Einheit“ und „Auf Gerechtigkeit und Frieden hin wachsen“.

Bei den Beratungen und Abstimmungen in Genf kam es zu keinen wesentlichen Korrekturen an den Vorlagen; die von den drei Programmeinheiten vorgeschlagenen Programme und Projekte wurden durchweg *gebilligt*, sowohl im Bereich „Glaube und Zeugnis“ wie im Bereich „Gerechtigkeit und Dienst“. So kann die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung ihre nächste Vollversammlung 1985 im norwegischen Stavanger abhalten; dort wird es nicht zuletzt um das Studienprojekt „Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Ausdruck des apostolischen Glaubens heute“ gehen. Geplant

ist andererseits für 1989 eine Weltkonferenz zum Thema „Gerechtigkeit, Frieden und Ganzheit der Schöpfung“, den Stichworten also, die über den vielfältigen Programmen der Einheit II stehen.

### Immer noch im Umbruch

Zwar wurde bei der Tagung des Zentralausschusses wie schon bei der Vollversammlung im vergangenen Jahr viel von der notwendigen „Einheit und Ganzheit“ des ÖRK und seiner Arbeit gesprochen. Ob der Weltrat diesem Ziel näherkommt, bleibt nach den Genfer Beratungen weiterhin offen, bei denen weder eindeutige Kurskorrekturen vorgenommen noch klare Prioritäten gesetzt wurden. Es gibt zwar etliche verheißungsvolle *Anzeichen für eine stärkere Gewichtung der theologischen Arbeit* als Grundlage aller Programme (Empfehlungen in dieser Richtung wurden vom Zentralausschuß an den Generalsekretär überwiesen); inwieweit sich daraus Änderungen im Stil und auch in der Struk-

tur des ÖRK und seiner Genfer Zentrale ergeben werden, läßt sich noch nicht absehen.

Die *Umbruch- und Übergangsphase* im Weltkirchenrat dürfte also noch länger andauern. Schließlich muß sich nicht nur der neue Generalsekretär nach seinem Amtsantritt am 1. Januar 1985 in seine Tätigkeit einarbeiten; auch acht der sechzehn Direktorenstellen in Genf sind seit Vancouver neu besetzt worden. Noch mehr wird davon abhängen, ob und wie die weitere Zusammenarbeit zwischen den Organen des ÖRK und den inzwischen 303 Mitgliedskirchen (in Genf wurden jetzt wieder vier Kirchen aus der Dritten Welt als Vollmitglieder aufgenommen) funktioniert, die sich in sehr unterschiedlichem Maß für die Arbeit des Weltrates engagieren und interessieren.

Letztlich wird der ÖRK in nächster Zeit nicht darum herumkommen, seinen *Standort* innerhalb der Ökumenischen Bewegung neu zu bestimmen und von daher seine Arbeit zu überprüfen. U. R.

## El Salvador: Die Kirche als geduldiger Vermittler

Die Situation in El Salvador wird allgemein mit vorsichtigem Optimismus bedacht, seitdem der Christdemokrat *Napoleón Duarte* im Juni die Regierungsgeschäfte übernommen hat. Bei näherem Hinsehen gilt dieser Optimismus nicht so sehr der politischen Lage des kleinen mittelamerikanischen Landes, das in vier Jahren Bürgerkrieg 50 000 Menschen verloren hat, als dem angesehenen und integren neuen Präsidenten, dem internationales Wohlwollen, auch bundesdeutsches, geradezu entgegenschlägt. Anlaß zu optimistischer Einschätzung bietet El Salvador gegenwärtig noch nicht. Die bewaffneten Auseinandersetzungen können mit verstärkter amerikanischer Militärhilfe und Waffenlieferungen aus östlichen Ländern so fortgesetzt werden, daß ein militärisches Patt auch in den nächsten Mo-

naten wahrscheinlicher ist als der Sieg einer der Parteien und damit das Ende der Kämpfe.

Die *politischen Kräfteverhältnisse* in El Salvador gestalten sich unter Duarte noch viel komplizierter als die militärischen. Duarte besitzt im Land selbst zwar den moralischen Rückhalt eines großen Teils der Bevölkerung, sein politischer Rückhalt ist hingegen gering. Er kann nur politisch wirksam werden, wenn es ihm gelingt, die konkurrierenden Machtzentren zu gewinnen, in Schach zu halten oder gar empfindlich zu schwächen. Dazu gehören eigentlich alle einflußreichen Gruppen des Landes: die Oligarchie, die rechtsgerichtete Opposition unter Führung der ARENA-Partei *Roberto d'Aubuissons*, das Militär, vor allem der rechte Flügel und die rechtsextremen paramilitärischen Kommandos,

die linksgerichtete Opposition FDR und ihre Guerilla-Armee FMLN, und nicht zuletzt die Vereinigten Staaten, auf deren Hilfe die neue Regierung El Salvadors nicht verzichten kann und will, deren Befriedungspolitik sich jedoch deshalb keineswegs mit den politischen Vorstellungen Duartes deckt.

### Strategie der kleinen Schritte

Insgesamt haben sich – unter dem Druck des andauernden blutigen Bürgerkriegs und der Ausblutungserscheinungen in fast allen Bereichen des nationalen Lebens – die politischen Perspektiven deutlich verschoben. Während die Lösungsversuche der demokratisch gesinnten Kräfte, darunter die katholische Kirche, noch vor zwei Jahren von prinzipiellen und daher im eigentlichen Wortsinn radikalen politischen Vorstellungen, etwa der Verflechtung der Wiederherstellung des Friedens mit einer gerechten und tiefgreifenden Reformpolitik ausgingen, ist dieses theoretische, damals in Forderungen formulierte Konzept weitgehend einer *praktischen Strategie der kleinen Schritte* mit dem Ziel, die Kämpfe zu beenden, gewichen. In der Politik Duartes mit ihrem engen Handlungsspielraum wird diese veränderte, verkürzte Zielrichtung deutlich. Pessimistische Beobachter seiner Politik reduzieren das Wirkungsfeld Duartes auf den mäßigenden Einfluß auf die radikale Rechte in der Armee und ihre Mordkommandos sowie auf einen möglichen Erfolg seiner Bemühungen um eine massiv aufgestockte Wirtschaftshilfe aus den USA und anderen westlichen Ländern. Für sein Reformprogramm findet er die einhellige Zustimmung der westlichen Welt, in der eigenen Regierung und erst recht in der einflußreichen Oberschicht aber fehlt ihm die notwendige Rückendeckung.

Diese Machtkonstellation, in der ein Präsident zwar mit der Zustimmung der breiten Bevölkerung, aber *gegen alle bestehenden Machtstrukturen* regieren muß, fügt sich nahtlos ein in die politischen Abläufe der letzten fünfzig Jahre, in denen reformistische Anstrengungen politischer Kräfte jeweils

am Widerstand der Oligarchie scheiterten. Tiefgreifende soziale Reformen, so groß die Einsicht des Präsidenten in ihre Notwendigkeit auch sein mag, wird Duarte gegen die in der ARENA-Partei politisch erstarkte Rechte also derzeit kaum durchsetzen können, zumal die ARENA mit einem liberalen Wirtschaftskonzept, der starken Ausstrahlung ihres Parteiführers und ihrem programmatischen, giftig vertretenen Antikommunismus auch nach den Wahlen in der Bevölkerung auf einige Zustimmung stößt.

Duartes Konzept einer *bedingten Dialogbereitschaft* mit der linken Opposition und der Guerilla findet indessen nur außerhalb El Salvadors ungeteilten Zuspruch. Sollte es Duarte wirklich gelingen, den Bürgerkrieg durch Verhandlungen zu beenden, wäre ein erstes Ziel, die Befriedung des Landes, erreicht. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit bestenfalls die Verhältnisse der 70er Jahre wiederhergestellt wären, das Volk hätte im Hinblick auf seinen politischen Stellenwert und seine materiellen Lebensbedingungen wenig oder nichts gewonnen.

### Schmale Gratwanderung der Kirche

Eine realistische Einschätzung der politischen Verhältnisse in El Salvador mit allerdings etwas zuversichtlicheren Perspektiven findet sich in der katholischen Kirche des Landes. Sie hat unter der Führung von Erzbischof *Arturo Rivera Damas* die Rolle des Vermittlers übernommen und plädiert für eine politische Lösung des Konflikts durch Verhandlungen, trotz aller Behinderungen und zu erwartender Rückschläge. Während sein Amtsvorgänger, der 1980 ermordete Erzbischof *Oscar Romero*, den gewaltsamen Widerstand als letztes Mittel der Selbstverteidigung des Volkes gegen einen Unterdrücker nicht völlig ausschloß (obwohl er vor der leichtfertigen Anwendung der entsprechenden lehramtlichen Aussage in der Enzyklika „*Populorum progressio*“ Papst Pauls VI. auf die konkrete Situation warnte), vertrat Erzbischof Rivera auch bei seiner jüngsten Europa-Reise

in diesem Sommer die Ansicht, daß vor Beginn der Kämpfe wie auch heute die „friedlichen Möglichkeiten in El Salvador noch nicht ausgeschöpft“ seien.

Obwohl der Erzbischof die Wahl Duartes als einen ersten Schritt zur Demokratisierung des Regimes und zur friedlichen Beilegung des blutigen Konflikts ausdrücklich begrüßte und die Guerilla kritischer beurteilte als noch vor zwei Jahren, plädiert er für eine Beteiligung der linken Opposition an der Politik: „Mit Wahlen allein ist es nicht getan. Es müssen auch die gehört werden, die nicht zur Wahl gegangen sind.“ Mit seiner Aussage, der Kirche gehe es in El Salvador in erster Linie um die Gerechtigkeit, ohne die der Friede nicht zu erreichen sei, holt Rivera immer wieder die Ursache des Bürgerkriegs, „die Sünde sozialer Ungerechtigkeit“, in die Diskussion um die Befriedung des Landes. So befürwortete die Kirche unverändert eine Lösung des Konflikts auf der Grundlage der *Nicht-Intervention* und der *Selbstbestimmung*. Das Land benötige dringend Wirtschaftshilfe, aber keine Militärhilfe. Obwohl Erzbischof Rivera dies in der Bundesrepublik wie in Österreich unermüdlich wiederholte und sich wie in früheren Jahren gegen Waffenlieferungen an die kriegführenden Parteien aus dem Ausland wandte („Das Ausland liefert die Waffen, und unser Volk verblutet“), faßte eine überregionale deutsche Tageszeitung die abgewogenen Aussagen Riveras in das Zitat, die „Präsenz“ der Amerikaner im Land sei „erwünscht, weil sie notwendig ist“ („Die Welt“ 21. 6. 84).

In seinen Bemühungen um eine nationale Lösung des Konflikts hat sich Erzbischof Rivera als Sprecher des Episkopats – er ist nicht Vorsitzender der Bischofskonferenz – für eine *schmale Gratwanderung* zwischen denunzierender Anklage in der Frage der Menschenrechte, politischer Vermittlerrolle und stützender Kraft für eine schwache Mitte entschieden. Diese Gratwanderung hat er bisher ziemlich unbeirrt und ohne Schaden für die Kirche überstanden. Im Gegensatz zur Ortskirche im südlich benachbar-

ten Nicaragua hat die salvadorenische Kirche zu einer *Einheit* gefunden, die sie innerkirchlich wie auch politisch handlungsfähig macht. Gegenwärtig ist die Kirche in El Salvador wohl die einzige gesellschaftliche Kraft, die – obwohl um kluge Diplomatie bemüht – Linken wie Rechten unbequeme Fakten öffentlich vorhält. So machte Erzbischof Rivera in Bonn auf die Schwierigkeiten Duarte, in Verhandlungen mit der Guerilla einzutreten, aufmerksam; eine bestehe darin, daß die USA keinerlei Zugeständnisse erlaubten.

Daß der neue Präsident mit der Aufnahme von Gesprächen mit den Aufständischen warten will, bis seine Position gefestigter ist, spricht wiederum für das politische Gewicht der jeden Dialog ablehnenden Rechten, die sich über die ARENA-Partei artikuliert. Die Sammlung der Rechten in einer Oppositionspartei interpretiert Erzbischof Rivera im übrigen als positiven Schritt zu einem zivilisierteren Miteinander auf politischer Ebene: „Die Kräfte der extremen Rechten mußten ihre Verstecke verlassen und aus der Anonymität heraustreten, hinter der sie sich noch bis vor kurzem verschaut hatten. Ich will damit sagen, daß die Reichen in unserer Gesellschaft nie wirklich an der Politik als handelnde Beteiligte teilgenommen haben. Sie haben sie immer nur manipuliert. Mit ihrem Geld kauften sie die Stimmen und zwangen uns eine lange Reihe von Präsidenten auf, die so durch Betrug in ihr Amt gelangten ...“

### Wenig Rückhalt für die Guerilla

Bei einer Studientagung der deutschen Kommission *Justitia et Pax* und der Thomas-Morus-Akademie in Köln galten viele Fragen an Erzbischof Rivera der Einschätzung der salvadorenischen Guerilla, ihrer Stärke, ihrer ideologischen Ausrichtung und ihrer tatsächlichen Verhandlungsbereitschaft. In der Diskussion wurde erneut deutlich, wieviel stärker Vorgänge in Mittel- und Lateinamerika im Vergleich zu anderen Spannungsbereichen in der Welt Beachtung finden. Ebenso deutlich wurde aber auch die

hierzulande vielfach anzutreffende Neigung, die Konfliktparteien in Mittelamerika unter weitgehendem Verzicht auf angebotene Differenzierungen in ‚Gute‘ und ‚Böse‘ einzuordnen. Nach Einschätzung des Erzbischofs hat die Guerilla durch ihr brutales Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung, die Angriffe auf zivile Einrichtungen der Infrastruktur und Zwangsrekrutierungen nur noch *wenig Rückhalt in der Bevölkerung*, die sich vor beiden Armeen fürchte. Auch in direkten Kontakten mit der Guerilla-Führung hat die Kirche den Eindruck gewonnen, daß die Kommandanten überzeugte Marxisten-Leninisten sind und sich auch dazu bekennen. In ihren Truppen gebe es aber, so Erzbischof Rivera, „viele, ich glaube, es ist die Mehrheit, die unter falschen Voraussetzungen in den Untergrund gegangen sind, darunter auch solche, die ihre Entscheidung für die Gewalt aus dem Glauben getroffen haben“. Jetzt, da sich der demokratische Wandel deutlicher abzeichne, hätten die linken Gruppen Schwierigkeiten, zurückzustecken „aus Gründen, die ihr Selbstverständnis als marxistisch-leninistische Revolutionäre aufs engste berühren – ganz abgesehen von den internationalen Verpflichtungen, die man gegenüber Kuba und der Sowjetunion eingegangen ist“.

Offenbar hoffe die Guerilla immer noch auf einen Sieg der Waffen, der es ihr erlauben würde, alle bestehenden Machtstrukturen zu zerschlagen. Daß sie damit auch der Korruption ein Ende setzen will, die dem Erzbischof zufolge ein „Kennzeichen der in den letzten Jahrzehnten zur Macht gelangten Regierungen war“, erkennt er an, wirft ihr aber vor, daß sie gegenwärtig an einem Dialog, durch den viele Menschenleben zu retten seien, gar nicht wirklich interessiert sei. Auch die Rechte lehne eine Annäherung der Standpunkte durch den Dialog ab: „Ihre Ideologie läßt sie das Dasein unter dem wirtschaftlichen Aspekt sehen. Sie läßt sie nur als Egoisten handeln, die einzig und allein auf ihren persönlichen Vorteil bedacht sind. Es ist absehbar, daß ein Dialog mit der Linken den Zugang zur politischen Macht in einem demokratischen Rahmen er-

möglichen könnte, was die Interessen der Rechten natürlich gefährden würde.“

### Hoffnung auf Humanisierung des Konflikts

Sorge macht der salvadorenischen Kirche zudem die Ausbreitung eines ebenfalls dialogfeindlichen *Militarismus* auch im zivilen Sektor, dem es vorrangig um die Ausrottung des Kommunismus geht: „Um dieses makabre Ziel zu erreichen, entfesselte die extreme Rechte einen Krieg auf Leben und Tod gegen Unbewaffnete, die von den Todesschwadronen ermordet wurden, wann immer sich ein Hinweis auf irgendeine Verbindung oder Sympathie mit den Guerilleros finden ließ.“ Über die Verkündigung versuche die Kirche, diesen offensichtlichen Bestrebungen, einen soldatisch gehorsamen, widerspruchs- und verantwortungslosen ‚homo militaris‘ zu schaffen, entgegenzuwirken. Zwischen dem militaristischen Druck, der zu allem entschlossenen Guerilla und Fremdfaktoren wie den Interessen der Großmächte und der Weltrüstungsindustrie drohe das Land zerrieben zu werden. Anzeichen für eine positive Entwicklung sieht die Kirche vor allem darin, daß der *Dialog zwischen den Bürgerkriegsparteien* als Vorstufe zu Verhandlungen in aller Munde ist, wenn er auch nur versuchsweise und über kirchliche Vermittler praktiziert wird. Im Gespräch mit beiden Seiten, das vorsichtig und geduldig geführt werden müsse, hofft die Kirche auf eine *schrittweise Humanisierung des Konflikts*. Schwierig gestalten sich offenbar die Kontakte mit der amerikanischen Regierung, die die Forderungen der Kirche brüsk abgelehnt habe. Erzbischof Rivera wünscht sich, auf den Besuch von Präsident Duarte in der Bundesrepublik angesprochen, daß sich dieser „stärker dem Dialog öffnet, daß er dem Morden der Todesschwadronen und überhaupt der gewalttätigen Rechte ein Ende setzt“. Daß der Präsident über die dazu notwendige Regierungsmacht verfügt, kann auch der Erzbischof nur hoffen.

G. B.